

**Rede zum Haushalt 2019 in der Ratssitzung am 17.12.2018**  
**von Volker Spieth (finanzpolitischer Sprecher)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Zukunftsvertrag prägt den Haushalt – nach wie vor. Und das wird bis 2023 auch so bleiben um das 300 Mio. € Schuldendesaster zu bewältigen – bisher scheint es zu gelingen, trotz neuer finanzieller Herausforderungen z.B. bei der Kitabetreuung, den Geflüchteten oder der Wohnungsnot.

Beim ordentlichen Ergebnis für 2019 liegen wir etwas über 2 Mio. €. So und nur so gibt es den Aufschlag bei den freiwilligen Leistungen um 500.000 €. Für die Jahre danach sieht das im Mittelfrist-Plan der Verwaltung weniger gut aus. Trotzdem, weiterhin stabile wirtschaftliche Bedingungen vorausgesetzt, müsste diese Hürde zu nehmen sein! Ein Risiko bleibt - denn ewiges Wachstum wird es nicht geben!

Dabei müssen die Millionen-Verbesserungen durch die Kita-Förderung des Landkreises mithelfen (bisher viele Ungereimtheiten), noch wichtiger wäre allerdings die überfällige Senkung der Kreisumlage auf den Stand von 2015 - trotz der Überschüsse des Landkreises in Millionenhöhe bisher keine Bewegung. Das geht gar nicht! Genauso wenig wie die fehlende Mitfinanzierung der Stadtbibliothek. (Förderung nach Interessensquote wichtig!)

Dringend benötigt wird der Aufschlag bei den freiwilligen Leistungen: Beim Museum, bei Marketing, beim Sport - diesen Einrichtungen/Vereinen haben wir beim Zukunftsvertrag finanziell besonders viel abverlangt, aber auch bei so manchen „kleinen“ Sozialträgern wie der Arbeitslosenberatung, dem „Guten Hirten“, der Straffälligenhilfe, bei denen trotz Kostensteigerungen die Zuschüsse seit Jahren eingefroren sind.

Ein Appell an CDU/FDP/Unabhängige hier bei einer weiteren Erhöhung mitzugehen, als Zeichen dafür, dass über gestärkte Sozialberatungsstellen, und damit einem Mehr an Prävention/Integration, auch Haushaltsmittel an anderer Stelle einspart werden. Dazu gehören ebenso Mehrzuschüsse für den Sozialpass (Glückscard), den Verhütungsfonds, Jugendeinrichtungen und für die Kulturfabrik (+30.000,- € im Haushalt, weitere Mittelerhöhung zwar nachvollziehbar, aber jetzt nicht machbar, da sonst eine gerechte Verteilung der Mittel unmöglich).

Ganz oben in der Priorität der Grünen Ratsfraktion steht, gleich dem Vorjahr, der soziale Wohnungsbau, leider bisher ohne viel Resonanz bei der Verwaltung, die vor allem auf Ausweisung von neuen Baugebieten setzt und den Sockereffekt beschwört. Das reicht aber nicht aus! Wir möchten mit vorliegendem Maßnahmenpaket mehr bewegen und da ist sich die Politik hier im Saal einig – was ich durchaus mit Freude zur Kenntnis nehme.

Ebenso erfreulich ist die unstrittige Verankerung von 100.000 € im Haushalt für Maßnahmen zur Qualitätssteigerung in Kitas.

Aber für alles was die Politik vorschlägt, benötigen wir eine Gegenfinanzierung. Wie in den Vorjahren haben wir entsprechende Vorschläge erarbeitet und werden diese

beschließen. Dazu gehört auch eine angemessene Gewinnausschüttung unserer Sparkasse. Da wirtschaftlich zu erwarten, gehört dieser Betrag i. H. v. 150.000 € auch in den Haushaltsplan!

Ein Hinweis ist mir wichtig: Wir stehen gegenüber den BürgerInnen im Wort. Zitat aus der Vorlage zum Zukunftsvertrag: „Sobald der Haushaltsausgleich erreicht ist, wird der Hebesatz der Grundsteuer B schrittweise wieder abgesenkt.“ Dies können wir nicht ignorieren und spätestens nach 2023 muss etwas passieren, sollten wir weiterhin den Ausgleich erreichen. Und was gar nicht geht, ist eine weitere Erhöhung der Grundsteuer zu Gunsten einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (Strabs).

Die Verwaltung schlägt umfassende Investitionen i. H. v. ca. 50 Mio. € vor, zum Preis einer massiven Nettoneuverschuldung i. H. v. knapp 19 Mio. Dies erscheint bisher genehmigungsfähig, da die „dauerhafte Leistungsfähigkeit“ im Ergebnishaushalt in Reichweite ist! Wobei in der Umsetzung dann meist weit weniger des geplanten Investitionsvolumens realisiert werden (z. B. wg. Kapazitätsengpässen in der Bauwirtschaft). Folge: niedrigerer Kreditbedarf aber nachhaltiger Investitionsstau. Eine Prioritätensetzung wird damit noch wichtiger: Und genau dazu will die Politik Einfluss nehmen mit Verschiebungen, Streichungen und Sperrvermerken die wir in den vorliegenden Plan einbauen.

Ein gewichtiges Beispiel ist das Vorziehen der Sanierung der Moltkestraße. Die gestiegene Lärmbelastung auf Grund der kaputten Fahrbahn und mehr Busverkehr machen dies notwendig.

Einige weitere von uns eingebrachte Maßnahmen im Haushalt von umweltpolitischer Relevanz gibt es auch: Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED, die Erhöhung Flächenausgleichsfonds oder die Sicherung der Radwegeunterhaltungsmittel. Was wir uns als Grüne nach wie vor nicht vorstellen können, ist eine Bebauung des Wasserkamps, deshalb die 100% Sperrung der Planungsmittel.

Insgesamt ist der vorliegende Haushalt - erstmals seit Beginn des Zukunftsvertrags - auch geprägt von Mehrausgaben im Sozialbereich. Gut so, denn ohne ein funktionierendes, soziales Netz kann eine Stadtgesellschaft nicht existieren.

Ein Dank an alle Mitwirkenden - auch von mir. Ein wenig Zeit und Energie hat es gekostet...aber am Ende mit einem guten Ergebnis!